

Claudia Roth (Augsburg)

- (A) *rellen Abläufe sich so sehr beschleunigen, wie sie es gegenwärtig tun, und wenn auch die Erwartungen an Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen deutlich zunehmen, dann können auch die Fristen und Modalitäten, die gegenwärtig Usus sind, nicht für immer in Stein gemeißelt sein.*

Vizepräsident Eduard Oswald:

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfes auf Drucksache 17/13469 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es andere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das gemeinsam so beschlossen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 46 sowie Zusatzpunkt 8 auf:

- 46 Beratung des Antrags der Abgeordneten Jens Petermann, Ralph Lenkert, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zukunft der Solarindustrie sichern

– Drucksache 17/13242 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Dr. Tobias Lindner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(B)

Energiewende sichern – Solarwirtschaft stärken

– Drucksache 17/9742 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Die **Reden** werden zu **Protokoll** genommen, wie in der Tagesordnung ausgewiesen.

Thomas Bareiß (CDU/CSU):

„Die Photovoltaik-Industrie in Deutschland ist Technologieführer und wird diese Position im globalen Maßstab mit wettbewerbsfähigen Kosten behaupten.“ So sah noch im November 2010 die Vision der Photovoltaikindustrie in der PV-Roadmap für 2020 aus.

Leider ist das Gegenteil eingetreten. Während in den vergangenen Jahren die deutsche Industrie in vielen Bereichen deutlich gewachsen ist, ist die deutsche Solarindustrie zwar hochsubventioniert worden, aber trotzdem massiv in der Krise. Sie ist entgegen ihrer eigenen Prognose weit davon entfernt, zur tragenden Säule der deutschen Industrie zu werden. Vielmehr ist die Solarindustrie ein Beispiel dafür geworden, wie Subventionen zu Gift werden können.

(C) *Die Negativschlagzeilen über die deutsche Solarindustrie, die Hersteller der Solarzellen- und -module, nehmen kein Ende. Werksschließungen waren in den vergangenen Monaten an der Tagesordnung. Die Anzahl der Betriebe ist um ein Drittel gesunken. Egal ob Q-Cells, Bosch Solar oder Schott Solar, all diese Unternehmen mussten Werke in Deutschland schließen mit Konsequenzen für Tausende Arbeitnehmer. Die deutsche Solarzellen- und Modulfertigung hat kaum noch 6 000 Beschäftigte. Und auch Branchengrößen wie Solarworld sitzen auf Riesenverlusten, und Hunderte Mitarbeiter müssen um ihre Existenz bangen.*

Die negativen Schlagzeilen stehen in deutlichem Kontrast zu den über 100 Milliarden Euro Förderung, die der Stromkunde in den kommenden Jahren mit seiner Stromrechnung zahlt. Keine Technologie wurde so hoch gefördert wie die Photovoltaik. Und trotzdem oder gerade deswegen: Die deutschen Module sind weder wettbewerbsfähig noch technisch überlegen.

Aber nicht nur die deutsche Subventionspolitik ist zum Totengräber der heimischen Solarindustrie geworden, sondern auch die chinesische Subventionspolitik. So wurden insbesondere in China mit staatlichen Subventionen massiv Solarproduktionskapazitäten aufgebaut. Das hat dazu geführt, dass weltweit das Angebot an Modulen deutlich schneller gewachsen ist als die Nachfrage. Heute liegt das Weltmarktvolumen bei rund 30 000 Megawatt, demgegenüber steht eine weltweite Produktionskapazität von etwa 60 000 Megawatt. Das hat zu einem deutlichen Preisverfall geführt.

(D)

Die Folgen sind, dass ein ruinöser Wettbewerb geführt wird, dessen Ende wir leider noch nicht erreicht haben. Davon ist nicht nur die deutsche, sondern mittlerweile auch die chinesische Solarindustrie betroffen. Auch hier gibt es erste Insolvenzen. Die Produktionsüberkapazitäten sind so hoch, dass Deutschland alleine die Solarindustrie nicht retten kann, weder mit höheren Fördersätzen noch mit neuen Zubaurekorden.

Es ist falsch, wenn die Linken und Grünen in ihren Anträgen schreiben, dass wir durch die Förderkürzungen mutwillig Arbeitsplätze vernichtet haben. Wir hätten zwar ohne diese Kürzungen die Solarindustrie künstlich einige Jahre länger am Leben halten können, die Verbraucher hingegen hätten einen nicht zu rechtfertigenden Preis dafür gezahlt. Denn schon heute zahlt jeder Verbraucher rund 2,2 Cent pro Kilowattstunde für die Solarförderung. Damit fließen gut 40 Prozent der EEG-Förderung in die Solarenergie, die aber nur etwa 5 Prozent an der Gesamtstromerzeugung ausmacht. Hätten wir die Förderung für Solarstrom in den vergangenen vier Jahren nicht deutlich um 70 Prozent, von 43 auf 16 Cent pro Kilowattstunde, reduziert, müssten die Verbraucher heute deutlich mehr zahlen.

Die Kürzungen haben in keinsten Weise den Zubau-boom der Solaranlagen gebremst. Im Gegenteil, wir haben immer neue Rekordwerte erreicht. So haben wir in den vergangenen Jahren mehr als das Doppelte

Thomas Bareiß

- (A) *unseres Zielkorridors erreicht, nämlich in 2010 7 400 Megawatt, in 2011 7 500 Megawatt und in 2012 7 600 Megawatt. Leider hat von diesem Zubau nicht die heimische, sondern vor allem die chinesische Solarindustrie profitiert.*

Nur mit mehr Forschung und Innovation hat die Solarindustrie in Deutschland Zukunft. Hier wurde zu wenig getan. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung lagen jahrelang unter 3 Prozent. Das ist deutlich unter dem Niveau anderer Industriezweige, wie zum Beispiel der Elektroindustrie mit einem Anteil von rund 7 Prozent.

Auch hier haben wir massiv die Branche unterstützt. So stellt das Bundesumweltministerium rund 40 Millionen Euro jährlich für die Solarforschung zur Verfügung. Hinzu kommen weitere 100 Millionen Euro, die für die „Innovationsallianz Photovoltaik“ zur Verfügung gestellt werden. Und auch im Bereich der Solar-speicher sind wir mit dem neu aufgelegten Speicher-förderprogramm einen wichtigen Schritt hin zu neuen, innovativen Technologien gegangen.

Ich möchte die heutigen Debatten nutzen, um auf das von der Europäischen Kommission angestoßene Anti-Dumping-Verfahren einzugehen. Auch hier wird ein gefährlicher Irrweg beschritten. Protektionismus und Zölle werden die Solarindustrie in Europa und insbesondere in Deutschland nicht retten. Im Gegenteil: Strafzölle gegen chinesische Hersteller würden in großer Zahl Arbeitsplätze hierzulande vernichten. Laut einer Studie von Prognos könnten je nach Höhe der Strafzölle innerhalb von drei Jahren allein in Deutschland bis über 80 000 Jobs wegfallen. Grund dafür ist, dass durch die Zölle die Preise für Solarmodule steigen werden und die Nachfrage einbricht.

- (B) *Zwar würden europäische Solarhersteller von den Strafzöllen profitieren. Die dadurch entstehenden Arbeitsplätze entsprächen aber gerade einem Fünftel der an anderer Stelle verlorenen Arbeitsplätze. Denn selbst bei Verwendung chinesischer Module findet der Großteil, circa 70 Prozent, der Wertschöpfung einer in der EU installierten PV-Anlage in der EU statt. Schutzzölle würden also vielleicht die deutsche Solarzellen- und Modulfertigung retten, den Rest und den Großteil der Solarwertschöpfung hingegen in Gefahr bringen. Dieses Instrument sollte also mit Vorsicht genutzt werden.*

Ich bin überzeugt davon, dass die Solarbranche in Deutschland eine Zukunft hat, auch wenn der Schwerpunkt nicht in der Solarzellen- und Modulfertigung liegen wird. Der deutsche Maschinenbau, Wechselrichterhersteller, Projektierer und Siliziumproduzenten werden auch in Zukunft ihre weltweit führende Rolle verteidigen und ausbauen. Dazu sollten wir in Deutschland auch weiter für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen, statt immer neue Subventionen und Zölle zu fordern.

Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):

(C)

Ich bin den Kollegen von den Grünen und der Linken sehr dankbar für diese Anträge. Sie bieten die hervorragende Gelegenheit, mit einigen Mythen um die deutsche Solarbranche aufzuräumen, die sich auch im vorliegenden Antrag reichlich finden.

Die Mythen zur Solarbranche in Deutschland lassen sich auf zwei Aussagen zuspitzen: Erstens. Die Anpassung der Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, für Photovoltaik (PV)-Anlagen in dieser Legislaturperiode ist schuld an den aktuellen Problemen der Branche. Zweitens. Die Chinesen sind sowieso an allem schuld.

Widmen wir uns dem ersten Mythos. Im Antrag der Linken wird er auch deutlich geäußert: Die permanenten Attacken der Bundesregierung gegen die Förderung erneuerbarer Energien haben massiv zur Krise der hiesigen Solarindustrie beigetragen, da sie immer wieder die Planungs- und Investitionssicherheit infrage stellte. Mutwillig hat die Bundesregierung so Zehntausende Arbeitsplätze in der Produktion von Photovoltaikzellen und -modulen gefährdet. – Diese Aussage hat zwei fehlerhafte Grundannahmen. Es wird erstens davon ausgegangen, dass die EEG-Vergütung den PV-Produzenten unmittelbar zugutekommt, und zweitens, dass die Installation der PV-Anlagen in den letzten Jahren rückläufig war. Beides ist falsch. Die großen Profiteure der EEG-Förderung sind die Betreiber der EEG-Anlage, nicht die Handwerker oder Hersteller. Über 20 Jahre, also während des gesamten Vergütungszeitraums nach dem EEG, verblieben fast 90 Prozent der Erlöse beim Betreiber der PV-Anlagen. Und diese Zahl habe ich mir nicht ausgedacht, die kommt auch nicht von der bösen Energielobby. Dies kann alles in einer Studie vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2010 mit dem Titel „Kommunale Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien“ im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien, AEE, nachgelesen werden.

(D)

Auch die Installationszahlen der letzten Jahre sind rekordverdächtig. Die Zahlen des Bundesverbandes der Solarwirtschaft zur installierten Leistung belegen es: 2009: 3 800 MW, 2010: 7 400 MW, 2011: 7 500 MW und 2012: 7 600 MW. Die Nachfrage nach PV-Anlagen war also überdurchschnittlich hoch. Und in diesem Zusammenhang ist der Satz aus dem Antrag der Grünen eben schlicht falsch, wonach „Der Ausbau der Solarstromerzeugung [...] in den letzten Jahren ohne nennenswerte zusätzliche Belastung der Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht [wurde].“ Fast 10 Milliarden Euro werden 2013 an Eigentümer von PV-Anlagen ausgezahlt. Das sind mehr als 50 Prozent der gesamten EEG-Vergütung, während die PV bis zu 25 Prozent der Elektrizitätsmenge des EEG-Systems beiträgt. Die Korrekturen der an der PV-Vergütung in den letzten Jahren waren richtig.

Ich denke, der erste Mythos ist damit widerlegt. Die Anpassung der PV-Sätze im EEG an die Marktpreise der PV-Anlagen waren im Sinne der deutschen Strom-

Andreas G. Lämmel

- (A) *kunden, dennoch gab es ständige Rekordzuwächse bei den installierten Anlagen.*

Den zweiten Mythos, „die Chinesen sind schuld“, formuliert der Antrag zurückhaltender. Stattdessen liest man von „weltweiten Überkapazitäten in der Photovoltaikindustrie“. Aber in den Zeitungen wird stets von chinesischen Herstellern geschrieben. Bei oberflächlicher Betrachtung könnte dieser Vorwurf zutreffen. Im Jahr 2008 waren circa 60 Prozent der in Deutschland installierten PV-Anlagen aus deutscher Fertigung, chinesische Hersteller kamen auf 21 Prozent. Im ersten Halbjahr 2011 war der deutsche Anteil bei 15 Prozent, und der chinesische lag bei 60 Prozent. Der reflexhafte Vorwurf in Richtung China lautet: Dumping! Es mag sein, dass die Hersteller in China massive Unterstützung von der Regierung erhalten. Aber das allein erklärt den Rückgang des Marktanteils deutscher Hersteller nicht. Die deutschen PV-Hersteller haben sich auf den Erfolgen der Vergangenheit mit zweistelligen Eigenkapitalrenditen aufgrund der durch üppige EEG-Förderung ausgelösten Nachfrage ausgeruht. Statt in Forschung und Entwicklung, FuE, sowie Automatisierung zu investieren, wurden Börsengänge organisiert, Fußballvereine gesponsert und Dividenden ausgeschüttet. Manch namhafte Branchengröße hat sich von diesen Erlösen ein Schloss am Rhein gekauft anstatt Forscher und Wissenschaftler anzustellen. Die FuE-Quote bei deutschen PV-Herstellern liegt bei 2,5 Prozent des Umsatzes. Zum Vergleich: Im verarbeitenden Gewerbe liegt die FuE-Quote bei 5 Prozent, in der Elektroindustrie bei 7 Prozent und bei den Automobilherstellern bei 6 Prozent. Die deutschen Hersteller haben zu lang auf personalintensive Massenherstellung gesetzt, statt neue Produkte und Fertigungsprozesse zu entwickeln. Und Massenproduktion zu günstigeren Preisen beherrschen andere Länder einfach besser als wir. Ich empfehle dazu einen Artikel in der Zeitschrift „Neue Energie“, dem Zentralorgan der erneuerbaren Energien, aus dem Mai 2012 mit dem Titel „Bitterer Traum“.

Im Wirtschafts- und Gesellschaftsverständnis der Linken ist immer der Staat für alles verantwortlich. In diesem Antrag stehen die Grünen den Linken in nichts nach. Da sind sie durchaus konsequent und fordern weitere Unterstützungs- und Förderprogramme. Aber, meine Damen und Herren der Linken, das dies in der Marktwirtschaft eben nicht immer der Fall ist, dürfte sich nach über 20 Jahren auch bei Ihnen rumgesprochen haben. Schlechte unternehmerische Entscheidungen werden folglich nicht thematisiert. Neue Förderprogramme oder Strafzölle werden der Branche auch nicht helfen.

Die Koalition hat bereits im Sommer 2010 das Programm „Innovationsallianz Photovoltaik“ gegründet. Bis 2014 stehen 100 Millionen Euro zur Verfügung. Forschung und Entwicklung sind der einzig sinnvolle Weg für die PV-Branche. In meinem Dresdner Wahlkreis wird zum Beispiel an organischen PV-Modulen geforscht. Diese Zellen sind extrem biegsam, dünn und

- effizient. Das sind Lösungen, die künftig zu Wohlstand und Wertschöpfung beitragen werden.* (C)

Ein weiteres Werkzeug haben wir Politiker in der Hand. Es ist das EEG-Förderregime. Ich denke, es ist Konsens in diesem Haus, dass das EEG in der heutigen Form so nicht fortgesetzt werden kann. Nur wollen offensichtlich verschiedene Parteien vor der Bundestagswahl nicht davon reden, um ihren Wählern nicht die Wahrheit sagen zu müssen. Der nächste Bundestag wird hier eine andere Ausgestaltung finden müssen. Wir sollten die nächste, grundlegende EEG-Novelle für Anreize zur Innovationsförderung nutzen und etwa bestimmte Wirkungsgrade der Anlagen als Voraussetzung für eine Förderung definieren. Das hilft innovativen Produkten eher als die Vollkaskovergütung oder Protektionismus.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und stelle die angesprochenen Artikel oder Studien sehr gern zur Verfügung.

Rolf Hempelmann (SPD):

Die Unternehmen der deutschen Solarbranche haben in den letzten drei Jahren einen dramatischen Wandel erfahren. Die Zahl der Arbeitsplätze ist von einstmalig 130 000 auf unter 100 000 gefallen. Q-Cells, First Solar, Solon und SMA Solar sind nur die prominentesten Unternehmen, die entweder beispiellose Auftragsrückgänge zu verzeichnen hatten oder sogar den Weg in die Insolvenz antreten mussten. Besonders für ostdeutsche Regionen, in denen viele Teile der Produktionsstätten angesiedelt sind beziehungsweise waren, ist dies ein schmerzhafter Prozess. (D)

Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. So wurden in den letzten Jahren weltweit große Überkapazitäten in der Photovoltaikindustrie aufgebaut, die einen wesentlichen Anteil an den Problemen der deutschen Unternehmen haben. Immer wieder wurden unter anderen von der Linksfraktion, die auch den heute diskutierten Antrag eingebracht hat, die Kürzungen bei den EEG-Vergütungen für Solarstrom für den Wandel in der deutschen Solarbranche allein verantwortlich gemacht. Doch dieses Argument greift zu kurz. Denn eine Anpassung der Vergütungszahlungen an die stetig sinkenden Modulpreise und tatsächlichen Stromgestehungskosten war zwingend geboten, um den Anlagenbetreibern nicht länger zweistellige Renditen auf Kosten der Stromkunden zu garantieren. Allerdings hätte ein weniger chaotischer Absenkungsprozess mit langfristig festgelegten Degressionsschritten der Branche bessere Reaktionsmöglichkeiten geboten. Gleichzeitig hat die chinesische Regierung ihre Solarindustrie mit staatlichen Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten unterstützt, was es den dortigen Unternehmen ermöglichte, Module zu vergleichsweise sehr niedrigen Preisen anzubieten. Diese Entwicklungen in China, aber auch eigene Versäumnisse der deutschen Unternehmen, wie zum Beispiel der zu schnelle Aufbau von Erzeugungskapazitäten und zu geringe

Rolf Hempelmann

- (A) *Forschungsinvestitionen, führten dann zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen.*

Letzte Woche hat die Europäische Union im Rahmen eines Antidumpingverfahrens zu chinesischen Solarmodulen die Einführung von Strafzöllen ab Anfang Juni für sechs Monate und in Höhe von durchschnittlich 46 Prozent beschlossen. Weitere Zölle hat die EU-Kommission China angedroht. Dieses Vorgehen birgt jede Menge Risiken für die europäische und besonders für die deutsche Wirtschaft, denn es besteht die Gefahr des sich gegenseitig Hochschaukelns. Und diese Gefahr scheint sich nun zu realisieren. Im Gegenzug zu den europäischen Strafzöllen hat die chinesische Regierung ein Antidumpingverfahren zu Importen von legierten Stahlrohren unter anderem aus der EU eingeleitet. Im Ergebnis des Verfahrens könnten chinesische Zölle den Import deutscher und europäischer Stahlprodukte erschweren oder gar verhindern. Dies zeigt: Ein Handelsstreit mit der großen Volkswirtschaft China hat Auswirkungen weit über den Sektor der Photovoltaik hinaus und kann nicht im deutschen Interesse liegen. Zwar ist für das Antidumpingverfahren die europäische Kommission allein zuständig, jedoch darf die Bundesregierung nicht einfach nur zusehen. Zum einen muss eine deutsche Bundesregierung, die die Interessen der deutschen Wirtschaft im Blick hat, darauf hinwirken, dass etwas Dampf aus dem Kessel genommen wird und in bilateralen Gesprächen mit der chinesischen Regierung eine Lösung für das Problem suchen. Zum anderen sind im Streit um Subventionen für die chinesische Solarindustrie alle Institutionen der WTO und deren Streitbeilegungsmechanismen auszureizen. Denn ein Kompromiss, der sowohl der europäischen als auch der chinesischen Solarindustrie Entwicklungsperspektiven bietet, ist für beide Seiten eine bessere Option als die Einführung von Strafzöllen.

(B)

Andernfalls besteht die Gefahr, dass der Ausbau der Photovoltaikanlagen in Deutschland durch die aus den Strafzöllen resultierenden höheren Preise gebremst wird. Dies sollte energiepolitisch nicht gewollt sein und hat außerdem auch negative Auswirkungen auf die vielen mittelständischen Installationsbetriebe in Deutschland.

Unabhängig von der Lösung dieses europäisch-chinesischen Streites müssen Politik und Solarindustrie mehr für die Forschung und Entwicklung im Solarsektor tun. Denn nur über eine vergleichsweise bessere Qualität, zum Beispiel in Form höherer Effizienz beziehungsweise eines besseren Wirkungsgrades und nicht über Dumping-Preise, kann die deutsche Solarindustrie wieder auf die Beine kommen. Zudem könnten sich die Unternehmen durch das Angebot kombinierter Lösungen neue Kundengruppen erschließen. Ich denke hierbei an Systemlösungen aus Modulen und Speichern für den Einsatz in Wohnhäusern oder auch Quartieren.

Darüber hinaus müssen wir aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre lernen, um eine Wiederholung in anderen Sektoren zu verhindern. Natürlich ist es ein

großer Unterschied, ob ein deutscher Handwerker ein chinesisches Solarmodul auf einem Dach installiert oder hier ein Park mit in China gefertigten Windenergieanlagen entstehen soll. Dennoch müssen wir die Entwicklungen auch in anderen Sektoren genau beobachten und gleichzeitig den deutschen Unternehmen Rahmenbedingungen bieten, die Forschung und Entwicklung von modernen Erzeugungsanlagen mit immer vielfältigeren Anforderungen ermöglichen. Wir sind hier aktuell auf einem guten Weg, zum Beispiel bei Technologien zur System- und Netzintegration des Windstroms, aber um den Vorsprung zu halten, bedarf es weiterer Anstrengungen.

Klaus Breil (FDP):

Ginge es nach den zwei Anträgen von der Linken und von den Grünen hätte die Solarindustrie in Deutschland auch in Zukunft um jeden Preis eine gesicherte Existenz, eine gesicherte Existenz unter der Käseglocke der Staatswirtschaft aus EEG und Finanzspritzen, eine gesicherte Existenz, die keine Notwendigkeit aufkommen lässt, dass sich diese Unternehmen neu aufstellen oder mehr anstrengen – zum Beispiel in Form von Forschung und Entwicklung, es sei denn, der Staat bezahlt dafür.

Die Forderungen nach finanzieller Unterstützung für FuE ist keine Neuigkeit. Von den Versäumnissen der Unternehmer und Unternehmen aber spricht niemand. Jenen nämlich war es wichtiger, ihre Aktionäre zu beglücken, erst recht jene Firmenbosse, die rechtzeitig wussten, wann die Party zu Ende sein würde. Jetzt, nachdem alle ausbezahlt wurden, nach Forschungsgeldern vom Staat zu schreien, finde ich schlichtweg dreist – nicht nur aufgrund meines klaren ordnungspolitischen Kompasses, sondern auch aus einem anderen Grund.

Ich bitte Sie nämlich, eines zu beachten: Die Photovoltaikindustrie ist keine Infant Industry mehr. Vielmehr ist die Technologie in ihrer Entwicklung weitestgehend ausgereizt. Natürlich lassen sich noch einzelne, aber nur wenige Prozentpunkte bei der Effizienz herauskitzeln. Aber im Grunde ist eine Solarzelle kein Hightech-Produkt mehr. Und eben das ist auch der Grund, weshalb die Unternehmen und Händler aktuell so hohe Volumina in ihren Lägern haben. Eine Solarzelle ist vielmehr billige Massenware, die in Fabriken außerhalb Deutschlands und meist in Fernost am Fließband produziert wird.

Während sich die einen über die verwässerten Marktpreise freuen, geht es den Kollegen von Grünen und Linken – ganz im Gegensatz zu ihrer Argumentation in der Öffentlichkeit – nicht primär um den Klimaschutz. Dann nämlich wäre es vollkommen egal, woher die Module, deren Anteil an den Systemkosten kontinuierlich sinkt, kommen. Es geht alleine darum, mit fadenscheinigen Argumenten ihre Klientel zu bedienen und staatsdirigistisch zu bestimmen, was und wie viel in den kommenden fünf Jahren in Deutschland produziert werden muss.

Klaus Breil

(A) *Einen bestimmten Punkt aus dem Antrag der Linken möchte ich zum Abschluss noch aufgreifen: Unverständlich ist mir, dass sich die Linke plötzlich für den Erhalt der gesamten Wertschöpfungskette zur Modulproduktion einsetzt und dass sie dies sogar noch zur Voraussetzung des Gelingens der Energiewende in Deutschland macht. Ich frage mich, weshalb das nicht auch für die Stromproduktion aus Gas gelten soll. Nein! Da bezahlen wir lieber weiter die teuren Gaslieferungen aus Russland – und verzichten in Deutschland auf die Erdgasproduktion, die – und da vertraue ich unseren erstklassigen deutschen Ingenieuren – in Deutschland unter höchsten Umweltauflagen erfolgt.*

Jens Petermann (DIE LINKE):

Die Nachricht schlug ein wie ein Blitz aus heiterem Himmel: Am 22. März 2013 verkündete der Bosch-Konzern seinen Abschied aus der gesamten Solarbranche. Anfang 2014 sollen nach den Plänen der Konzernleitung bei Bosch Solar Energy im Gewerbegebiet Erfurter Kreuz nahe Arnstadt die Lichter ausgehen. Wenn sich kein Käufer findet, sind die meisten der 1 850 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Arnstadt überflüssig. Außerdem stehen über 1 000 weitere Arbeitsplätze bei den vielen hochspezialisierten Bosch-Zulieferbetrieben auf dem Spiel. Nach der mit der deutschen Einheit einsetzenden Deindustrialisierung, der über 50 Prozent der Arbeitsplätze zum Opfer fielen und die Massenarbeitslosigkeit in der Region zur Folge hatte, droht nun nach zaghafter Erholung ein erneuter Kollaps. Es gilt, diesen Kollaps durch verantwortungsbewusste Politik abzuwenden.

(B)

Diese verantwortungsvolle Politik ist aber leider nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die planlosen Einschnitte im Erneuerbare-Energien-Gesetz haben zu einem Sterben der großen Solarbetriebe im Osten der Republik geführt und erreichen mit dem absehbaren Ende des letzten großen Players, der Bosch Solar Energy, ihren vorläufigen Höhepunkt. Schwarz-Gelb hat die Marktteule rausgeholt und lässt die Solarindustrie am ausgestreckten Arm verhungern.

Wir werden uns mit dieser Entscheidung der Regierungskoalition nicht abfinden. Die Linke kämpft um den Erhalt jedes Arbeitsplatzes, und sie kämpft für eine Rettung der einheimischen Solarindustrie als Standortfaktor, auch im Industriegebiet Erfurter Kreuz, und als wichtigen, nicht wegzudenkenden Baustein des Ausstieges aus der Atomenergie und der Energiewende. Mit meinem Kollegen Ralph Lenkert habe ich darum einen Gruppenantrag initiiert und von der Bundesregierung ein „Solarrettungsprogramm“ eingefordert.

Statt Rettungsschirme für Banken und Kredithaie ist ein Rettungsschirm für eine zukunftssträchtige Industrie, die Tausenden Menschen und ihren Familien eine Existenzgrundlage bietet, notwendig. Zur Unterstützung dieses Gruppenantrages habe ich die Thüringer Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen eingeladen: Mitmachen? Fehlanzeige! Weder ein Mitglied der SPD

noch eines der Grünen und auch nicht die Mitglieder der CDU/CSU- sowie FDP-Bundestagsfraktion wollten sich beteiligen und sich für eine Unterstützung durch die Bundesregierung starkmachen. Das ist vor allem für die Menschen, deren Arbeitsplätze akut gefährdet sind, eine herbe Enttäuschung.

(C)

Natürlich geht es darum, die Regionen in Ostdeutschland zu retten, in denen die Ansiedelung der Produktionsstätten der Photovoltaikbranche den Menschen wieder Hoffnung für die Zukunft gab. Genau diese Menschen mussten vor zwanzig Jahren schon einmal dem vollständigen Zusammenbruch ihrer örtlichen Industrie tatenlos zusehen. Sie haben schmerzlich erfahren, was es heißt, arbeitslos und auf Sozialleistungen angewiesen zu sein. Sie wissen, was es heißt, keine Zukunftsperspektive zu haben. Zehntausende haben daraufhin diese Regionen verlassen. Die Photovoltaikindustrie stellte dort einen industriepolitischen Neuanfang dar. Ein abermaliger Niedergang eines ganzen Industriezweiges und eine damit einhergehende zweite Deindustrialisierungswelle wäre für die Menschen vor Ort eine Katastrophe und würde nicht nur die Erwerbsgrundlage Tausender Familien, sondern auch das Vertrauen in die Politik nachhaltig zerstören.

Dass Sie sich, verehrte Kollegen und Kolleginnen von Union, FDP, Grünen und SPD nicht an einem parteiübergreifenden Gruppenantrag beteiligen wollen, mögen die erneut vom Schicksal Gebeutelten, um ihre Hoffnungen und die Zukunftsaussichten gebrachten Menschen speziell in der Region Arnstadt-Erfurter Kreuz bewerten.

(D)

Wir lassen uns von Ihrem Desinteresse nicht entmutigen und stellen nun diesen Antrag zur Diskussion. Wir geben Ihnen hiermit erneut eine Chance, zu zeigen, dass Ihnen das Schicksal der Solarindustrie und der Menschen, die dort Lohn und Brot finden, etwas bedeutet. Es ist nun an Ihnen, warum Sie jeder Bankenrettung und jeder vermeintlichen Euro-Rettung zustimmen, sich aber der Rettung der Erwerbsgrundlage für Tausende Familien, insbesondere im Freistaat Thüringen, verweigern. In meinen Augen stellen Sie sich damit ein Armutszeugnis aus.

Das Argument, die deutsche Solarindustrie sei am Weltmarkt aufgrund der hohen Lohnkosten in Deutschland nicht konkurrenzfähig, ist unakzeptabel. Die deutsche Solarindustrie hat sehr viel Geld in die Forschung und Entwicklung gesteckt, viele innovative Produkte sind daraus hervorgegangen, die Effizienz wurde erheblich gesteigert. Nun kommt es darauf an, die gegenwärtige Durststrecke durchzustehen. Wenn Deutschland zu früh aufgibt, werden andere Wettbewerber frohlocken. So ist das im modernen Kapitalismus. Es ist vornehmliche Aufgabe von Industriepolitik, die Markteinführung einer neuen Technologie durch verlässliche, ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu gewährleisten und der hiesigen Solarindustrie über eine Durststrecke zu helfen, die die Bundesregierung

Jens Petermann

- (A) *durch ihre Fehlentscheidungen mit zu verantworten hat.*

Wir begrüßen darum auch, dass die EU-Kommission ab 5. Juni 2013 Anti-Dumping-Zölle auf Solarpaneele aus China vorerst für sechs Monate einführen wird. Mit Zustimmung der Mitgliedstaaten besteht die Möglichkeit der Verlängerung um fünf Jahre. Das würde zunächst erst einmal eine faire Wettbewerbssituation herstellen und ist ein kleiner Lichtblick für die Erholung der einheimischen Solarindustrie. Denn die fernöstlichen Mitbewerber haben mittlerweile in Europa einen Marktanteil von 85 Prozent erarbeitet. Die importierten Module sind um 30 Prozent billiger als einheimische Produkte. Die Volksrepublik China fördert die Dumpingpreise ihrer Solarhersteller mit Milliardenbeträgen. Die Bundesregierung dagegen lässt ihre Hochtechnologieindustrie vor die Wand fahren, ohne einen Finger krumm zu machen. Von fairem Wettbewerb kann man da nicht mehr sprechen. Wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen hergestellt sind, hat unsere Solarindustrie eine Chance. Davon bin ich fest überzeugt.

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag die Bundesregierung auf, unserer Solarindustrie durch folgende Maßnahmen eine Chance zu geben:

Erstens. Ein kurzfristiges Unterstützungsprogramm mit zinsgünstigen Krediten aufzulegen;

- (B) *Zweitens. Ein Förderprogramm für kommunale Investitionen in erneuerbare Energien auf den Weg zu bringen;*

Drittens. Die Forschung und Entwicklung von Speicherlösungen im Bereich Photovoltaik zu fördern;

Viertens. Bei der Europäischen Union für ein Investitionsprogramm für autarke Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Speicherlösungen auf bewohnten Inseln einzutreten;

Fünftens. Leasing- und Finanzierungsmodelle zur mobilen Spezialanwendung von Photovoltaikanlagen zu entwickeln.

Weiteren Ideen sind keine Grenzen gesetzt, wir warten auf Ihre Vorschläge.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, der SPD, der Grünen und der FDP, wir haben von Ihnen bis heute nichts außer Lippenbekenntnissen zur Lösung des Problems vernommen. Die Menschen erwarten mehr. Sie haben nichts vorgelegt. Sie haben sich wahrscheinlich nicht einmal Gedanken gemacht. Wachen Sie endlich auf. Es ist noch nicht zu spät, sich für die Rettung der Arbeitsplätze in der Solarindustrie in Ostdeutschland einzusetzen. Das geht ganz einfach: Springen Sie über Ihren ideologischen Schatten und stimmen Sie unserem Antrag zu! Die Menschen vor Ort werden es Ihnen danken.

Hans-Josef Fell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Vor gut einem Jahr hat der damalige Umweltminister Röttgen aus meiner Rede zitiert, die ich zur EEG-Novelle vor drei Jahren gehalten hatte. Ich hätte vor Insolvenzen und Arbeitsplatzverlusten in der Solarindustrie gewarnt, die dann nicht gekommen seien.

Inzwischen ist der von der Bundesregierung angeordnete Schaden für alle offensichtlich. Wir hören von 50 000 Arbeitsplätzen, die in den letzten zwei Jahren verloren gegangen sind. Und eine Insolvenzhilfsbotschaft folgt auf die andere. So hat sich nach einer Meldung von heute der Umsatz von SMA im letzten Jahr halbiert. Ja, natürlich hat das nicht nur mit der verfehlten Solarpolitik von Schwarz-Gelb zu tun, sondern auch mit der wachsenden Konkurrenz aus China. Die chinesische Regierung hat aber im Gegensatz zu Schwarz-Gelb klar erkannt, dass die Photovoltaik einer der wichtigsten und größten Exportmärkte der nahen Zukunft sein wird und unterstützt daher strategisch den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Und was macht die Bundesregierung? Was machen die Minister Rösler und Altmaier? Sie legen die Hände in den Schoß und schauen der deutschen Solarindustrie beim Sterben zu.

Stehen Banken durch eigenes Missmanagement am Abgrund, werden sie auf Kosten des Steuerzahlers gerettet. Haben die deutschen Automobilkonzerne eine Absatzkrise, wird eine Abwrackprämie beschlossen. Aber wann, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, machen sie endlich etwas für die Solarwirtschaft? Bis heute gibt es keine Initiative aus dem Wirtschaftsministerium für eine strategische Industriepolitik für die Solarwirtschaft. (D)

Die Inaktivität der Bundesregierung ist ein Grund, warum deutsche Modulhersteller mit dem fatalen Anti-Dumpingverfahren bei der Europäischen Union versuchen, sich selbst zu helfen, ein Weg, der die Situation der Solarindustrie nur noch viel schlimmer macht. So bringen wenige Solarfirmen um Solarworld gegen den Willen von über 500 anderen Solarfirmen nun die ganze Branche noch näher an den Abgrund.

Die von der EU-Kommission beschlossenen Strafzölle haben bereits vor dem Anordnen der Zölle zu einer Verteuerung von Photovoltaikmodulen geführt. Als Folge daraus kommt aktuell der Ausbau der Photovoltaik weitgehend zum Erliegen. Denn die aus den Strafzöllen resultierenden höheren Modulpreise machen bei den heutigen Vergütungssätzen für Solarstrom in den meisten EU-Ländern und auch in Deutschland eine wirtschaftliche Investition in die Solarstromproduktion in vielen Segmenten nicht mehr möglich.

Darüber hinaus werden laut einer Prognos-Studie Zehntausende weitere Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie, bei den Solarteuren und den Anlagenbauern verloren gehen und diese Entwicklung ist schon voll im Gange. Aber auch den deutschen Modulherstellern werden die Strafzölle nicht helfen, weil gerade die hochpreisigen Module aus deutscher Produktion in ei-

Hans-Josef Fell

- (A) *nem Umfeld mit niedrigen Einspeisevergütungen kaum eine Chance haben. Außerdem müssen wir einen zusätzlichen Arbeitsplatzverlust in den Branchen erwarten, in denen China im Gegenzug Zölle erheben könnte.*

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf: Verhindern Sie diese Strafzölle und entwickeln Sie endlich eine aktive Industriepolitik für die Solarwirtschaft! Und die EU-Kommission fordern wir auf, die vorsorglich ausgesprochenen Strafzölle sofort zurückzuziehen.

Wir brauchen einen nationalen Solargipfel, auf dem wir folgende Punkte angehen müssen. Die deutsche Solarindustrie braucht Bankkredite, mit denen Investitionen in Innovationen und die Erneuerung von Produktionsanlagen und Maschinenparks finanziert werden. Dazu bedarf es einer Absicherung durch staatliche Bürgschaften, zum Beispiel durch die KfW-Bankengruppe oder die Bürgschaftsbanken.

Wir brauchen eine wesentlich stärkere Forschungs-offensive, eine Forschung, um die hohe Solarkompetenz in Deutschland zu halten. Die Gegenfinanzierung könnte aus Mitteln der wirtschaftlich wie energiepolitisch völlig erfolglosen Kernfusion erfolgen.

Insbesondere müssen Bundesregierung und EU-Kommission mit der chinesischen Regierung, aber auch mit Indien, den USA unter anderen, unverzüglich und auf höchster Ebene Gespräche über die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen, gegenseitig freier Marktzugänge in der weltweiten Solarbranche und die Einhaltung der WTO-Regeln führen.

- (B) *Dass die Bundesregierung keine wirksame Solarindustriepolitik angegangen hat und sie immer noch verweigert sowie nur halbherzig gegen die Strafzölle vorgeht, lässt Schlimmes vermuten: Ingeheim freuen sich Wirtschaftsminister Rösler und der Wirtschaftsflügel der Union über den Niedergang der Solarwirtschaft, haben sie ihn doch immer gefordert. Aber dies ist nicht nur fahrlässig für Klimaschutz und Energiewende, das ist fahrlässig für die Exportnation Deutschland insgesamt.*

Vizepräsident Eduard Oswald:

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/13242 und 17/9742 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind alle damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann haben wir das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 48 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Dr. Petra Sitte, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Netzneutralität gesetzlich festschreiben

– Drucksache 17/13466 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Innenausschuss

Rechtsausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien

(C)

Wie schon in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die **Reden zu Protokoll** genommen.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):

Es wäre schön gewesen, wenn sich die Kollegen der Linken bei der Debatte um die Netzneutralität wenigstens ein Mal neutral verhalten hätten. Dass die tiefroten Genossinnen und Genossen am liebsten alles „endlich gesetzlich festschreiben“ würden – flächendeckende Mindestlöhne, die Höhe der Managergehälter oder den Anspruch auf ein bedingungsloses Grundeinkommen –, ist höchstwahrscheinlich aus alten SED-Zeiten genetisch vererbt.

Aber wie bei so vielem nicht nur in der Politik, muss man sich die Sache auch in der Debatte um das Thema Netzneutralität schon etwas genauer anschauen: Da gibt es die eine Seite, die – wie Sie – Netzneutralität um jeden Preis ins Bundesgesetzblatt schreiben will, ohne die Entwicklung der Datennachfrage und des Netzausbaus sehen zu wollen. Und da sind auf der anderen Seite die Netzbetreiber, die möglichst ohne Regulierung oder gar gesetzliche Regelung bleiben wollen und darin gar eine Gefahr für künftige Netzinvestitionen sehen. Beide Entweder-oder-Positionen sind mit Vorsicht zu genießen.

Natürlich ist es zunächst einmal – ordnungspolitisch gesehen – eine freie unternehmerische Entscheidung, wie ein Telekommunikationsanbieter seine Tarifstruktur gestaltet. Durchaus nachvollziehbar ist es für mich, wenn ein Netzbetreiber seine Tarife vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren explosionsartig angestiegenen Datenvolumina in den nicht endlos zur Verfügung stehenden Netzen erhöht. Ob das in der Konsequenz gut ist für Internetnutzer, für die Wirtschaft, ist eine andere Frage. Doch dazu später mehr. Aussagen wie „Das freie und offene Internet wird den Profitinteressen großer Internetprovider geopfert“ sollten jedenfalls nicht so unüberlegt dahergeschwätzt werden, wie Sie das in Ihrem Antrag tun, werte Kollegen der Linksfraktion.

(D)

Mit dem Aufbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen, VDSL-, DOCSIS-3.0- und Glasfasernetze, also den „next generation networks“, ist die Nachfrage nach hochvolumigen Datenströmen in den letzten Jahren erfreulicherweise stark gestiegen. In den Städten stehen heute, Stand: 30. April 2013, bundesweit 100 Prozent aller Haushalte mindestens 1 Megabyte pro Sekunde zur Verfügung, 99,4 Prozent aller Haushalte mindestens 2 Megabyte pro Sekunde, 96,8 Prozent wenigstens 6 Megabyte pro Sekunde, 90 Prozent haben in den Städten mindestens 16 Megabyte pro Sekunde und ganze 77,3 Prozent dort schon 50 und mehr Megabyte pro Sekunde. Die ländlichen Regionen hinken der Entwicklung leider noch etwas hinterher: 95,8 Prozent aller Haushalte auf dem Land verfügen über mindestens 1 Megabyte pro Sekunde, 90,2 Prozent über mindestens 2 Megabyte pro Sekunde, wenigstens 6 Megabyte